

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

Populisten spüren Aufwind



Volkverführer schüren Stimmungen und Vorurteile in der Bevölkerung.

(Photo Keystone)

Möglicherweise als Folge der Rezession spüren Populisten Aufwind. Die Autopartei wirbt in ganzseitigen Inseraten mit haarsträubenden Analogien für sich. Seit längerem schon wirbelt Nationalrat Blocher mit einfachen Rezepten durch die Lande. Dass er seine politischen Ziele, koste es, was es wolle, durchsetzen will, beweisen mit erschreckender Deutlichkeit zwei aktuelle Ereignisse.

AMK. In einem Inserat der Zürcher SVP, das Blocher als kantonalen Parteipräsidenten zu verantworten hat, werden den «Linken und Netten» Kriminalität, Drogen und Angst in die Schuhe geschoben.

Über die Bezüge zum Mordfall in Zollikerberg scheinen sich die

Auftraggeber im nachhinein zu freuen, ergibt sich doch daraus mehr Aufmerksamkeit.

Für den 6. Dezember 1993 bläst Blocher zum Grossangriff: Unter dem Titel «Ja zur Schweiz» lädt er zum «Jubiläumfest» nach Luzern ein – wie üblich ein Soloauftritt.

Gegenüber Volkverführern, welche Stimmungen und Vorurteile in der Bevölkerung schüren und damit die Polarisierung in der Gesellschaft verstärken, welche sich mit einfachen Ratschlägen in Szene setzen, wo Aufklärung gefragt wäre, kann von verantwortungsbewusster Seite nur so geantwortet werden: mit gründlicher Sachkenntnis, der Erarbeitung von sachgerechten und weiterführenden Lösungen und dem dauernden Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Mehrheit der Politiker nimmt – glücklicherweise – diese Aufgabe wahr. ■

Sicherheit

In einem Bericht setzt sich die FDP umfassend mit dem Problem der Sicherheit der gesamten Bevölkerung in der Schweiz auseinander.

AMK. Der FDP-Bericht über die öffentliche Sicherheit zeigt Ursachen und Entwicklungen des vorhandenen Sicherheitsdefizits auf und steckt den politischen Handlungsbedarf mit konkreten Massnahmenvorschlägen ab.

Das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung schwindet. Die Gründe sind vielschichtig. Zu den objektiven gesellen sich zahlreiche subjektive, die von Mensch zu Mensch anders zu gewichten sind. Insgesamt dürfte der in vielen Erscheinungen sichtbar werdende Wandel der Gesellschaft am meisten dazu

beitragen, dass die objektiven Gefahren die heutigen Menschen besonders stark belasten. Basierend auf einer gründlichen Analyse hat die FDP der Schweiz konkrete Ziele formuliert.

Öffentliche Sicherheit geht uns alle an. Die Furcht vor Verbrechen ist nur durch eine offene Auseinandersetzung mit deren Ursachen und Zusammenhängen zu bewältigen.

Lesen Sie ab Seite 5

Inhalt

- Wir stellen Ihnen den neuen Ständeratspräsidenten vor. Lesen Sie Seite **9**
- 120 Jahre Bundesverfassung: Wie weiter? lautet die Frage ab Seite **10**
- Zwillingspartnerschaften zwischen Ortsparteien: Mehr darüber Seite **15**

Zum Aufstieg fehlt noch die Kraft

Wenn die deutsche Wirtschaftslokomotive lahmt, fahren in ganz Europa die Züge langsamer, treten die Volkswirtschaften kürzer. Und es hat den Anschein, dass der deutschen Lokomotive auch 1994 die Kraft zum Aufstieg über den Berg fehlen wird.

◉ Jacques Baumgartner

Der Sachverständigenrat hat zur Ernüchterung in Deutschland beigetragen. Im Gegensatz zu den bisherigen Voraussagen führender Wirtschaftsinstitute sagt der aus fünf Professoren bestehende Rat («der Weisen») eine labile Konjunkturlage voraus. Von der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr sind die fünf enttäuscht, und für 1994 bleiben sie skeptisch. Ein weiteres Abrutschen in die Rezession erwarten die Professoren zwar nicht, aber auch mit einer merklichen Besserung sei nicht zu rechnen.

1994: Super-Wahljahr

Dabei steht Deutschland vor einem sogenannten Super-Wahljahr, und die Parteien rüsten sich bereits zum Wahlkampf.

Einschliesslich der Wahlen zum Parlament der Europäischen Gemeinschaft (EG/Europaparlament) finden 1994 19 Urnengänge auf Gemeinde-, Länder- und Bundesebene statt.

Höhepunkt sind die Wahlen zum Deutschen Bundestag, ist die Wahl des neuen (oder alten) Bundeskanzlers.

Gewiss, die Wirtschaftspolitik ist alles beherrschendes Thema, aber es wird bereits befürchtet, dass die Politiker vor lauter Wahlkampf über die Wirtschaft bloss reden und wenig Konkretes zu deren Besserung unternehmen werden.

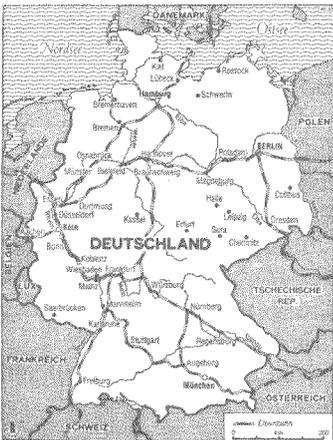
Zähes Ringen

Die bisher regierende Koalition aus Christlich-Demokratischer und Sozialer Union (CDU/CSU)

sowie den Freien Demokraten (FDP) geht mit einem Papier zur Sicherung des Standortes Deutschland in die Wahlserie. Unter der Federführung von Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) hat die Bundesregierung aufgelistet, was alles geschehen müsse, um die Beschäftigung zu steigern.

Die Rede ist von mehr Flexibilität der Wirtschaft, vor allem in der Lohnpolitik. Im Klartext heisst das, die Löhne sollten sinken, wenn die Arbeitslosigkeit nicht weiter steigen soll. Im Wahlkampf kommt solches Ansinnen beim Wähler schlecht an. Aber um Massenentlassungen zu verhindern, wird bereits in vielen Betrieben über die Viertagewoche laut nachgedacht.

Es wird ein zähes Ringen werden, denn die Arbeitnehmer werden kaum auf ein Fünftel ihres Lohnes verzichten wollen. Streiks sind programmiert. Die Regierung in Bonn muss drastisch sparen, weil sonst die Staatsverschuldung bald auf ungeheuerliche 2,3 Billionen DM klettern würde.



Die demokratischen Institutionen werden 1994 in Deutschland gefordert sein.

Der Standort Deutschland leidet auch darunter, dass die Energiepreise zu hoch sind. Aber die Energie-Konsensgespräche sind gescheitert. Das ist ebenfalls eine Folge des bevorstehenden Wahlkampfes. Ob daraus die oppositionelle Sozialdemokratische Partei (SPD) Gewinn ziehen kann, ist derzeit offen. Die SPD spricht jedoch wieder stärker mit einer Stimme, seit Rudolf Scharping ihr Parteivorsitzender ist.

Erholung nicht in Sicht

Laut dem Sachverständigenrat wurde die Rezession 1993 durch «das Ausbleiben von Exporten und der dramatische Rückgang von Investitionen» verursacht. Der Rückgang bei den Investitionen sei teilweise darauf zurückzuführen, dass sich die Exporterwartungen nicht erfüllten, «aber auch auf grundlegende pessimistische Erwartungen bei den Investoren».

Eine wirtschaftliche Erholung, also eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung, ist nicht in Sicht. Nach einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes – des Gesamtwertes aller Produktionen und Dienstleistungen – um etwa anderthalb Prozent in diesem Jahr wird die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion 1994 voraussichtlich nur ein halbes Prozent und 1995 ein Prozent betragen. Der Grund für diese Hoffnung liegt vor allem in Ostdeutschland.

Vier Millionen Arbeitslose?

In Ostdeutschland stieg das Bruttoinlandsprodukt 1993, wenn auch abgeschwächt, weiter an und erreichte 6,5 Prozent. Für nächstes Jahr veranschlagen die Sachverständigen sogar 7,5 Prozent. Die ostdeutsche Industrie hat die Talsohle durchschritten. Allerdings trägt die ostdeutsche Industrie nur zu drei bis vier Prozent zur gesamtdeutschen Pro-

duktion bei. Insgesamt ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland «schwächlich». Das bedeutet, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter zuspitzen wird. Nächstes Jahr dürfte die Zahl der Arbeitslosen von derzeit dreieinhalb auf über vier Millionen steigen.

In Deutschland fehlen mehr als sechs Millionen Arbeitsplätze, was einer sogenannten Unterbeschäftigungsquote von 15 Prozent entspricht.

Sparen und Deregulieren

Als Mittel gegen Steuererhöhungen, letztlich sogar eine Zerrüttung der Währung empfehlen die Sachverständigen dem Staat, bei den Ausgaben zu sparen, die Subventionen abzubauen und die staatliche Regulierung der Wirtschaft zu verringern.

Mitentscheidend für eine Besserung der Wirtschaftslage ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. 1994 belaufen sich die Abgabenerhöhungen und Ausgabeneinsparungen auf 53 Milliarden DM, 1995 auf weitere 37 Milliarden DM. Im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt entspricht dies anderthalb Prozent. Die damit verbundenen negativen Rückwirkungen auf die Konjunktur müssen im Interesse einer Verbesserung der mittelfristigen Wachstumsbedingungen hingenommen werden. Im Grunde muss der Preis für den überwiegend «auf Pump» finanzierten Einigungsboom nachträglich entrichtet werden.

Die «fünf Weisen» legen dem Bund, den Ländern und Gemeinden konsequentes Sparen, den Arbeitnehmern massvolle Lohnforderungen ans Herz.

Angesichts zunehmender Radikalisierung (an den Rändern der Gesellschaft), eines anschwellenden Arbeitslosenheeres und des bevorstehenden Wahlkampfes sorgen sich viele Deutsche um den inneren Frieden. Die demokratischen Institutionen werden in Deutschland 1994 gefordert sein. ■

Ursi Luginbühl handelt lokal, denkt global

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Dass wir friedvoll und verständnisvoll miteinander kommunizieren können und die Basis zur globalen Lösung der Um- und Mitweltprobleme schaffen können.

Was bereitet Ihnen die grössten Sorgen?

Die Gesellschafts-, Wirtschafts- und Umwelthanliegen werden immer noch zu sehr linear gelöst, und vernetzten Varianten wird zuwenig Beachtung geschenkt. Wir müssen alle lernen: «Global denken – lokal handeln.»

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Es gibt viele sehr wichtige Erfindungen. Beispielsweise die Elektrizität, das Telefon oder die Maschine. Ich bin aber gegen die Gentechnologie, vor allem gegen Manipulationen an Mensch, Tier und Fauna.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die abwechslungsreiche Landschaft und die vielschichtigen Mentalitäten der Bewohnerinnen und Bewohner. Staatspolitisch schätze ich die Form der direkten Demokratie. Sie verpflichtet aber auch jeden einzelnen, Verantwortung zu übernehmen.

Was missfällt Ihnen an der Schweiz?

Ich finde es schade und auch bemühend, dass wir Schweizerinnen und Schweizer die Verantwortung für Europa noch nicht mittragen wollen und können. Dieser Sonderzug ist gefährlich und führt auf ein Nebengeleise.



Ursi Luginbühl möchte am liebsten die weltweiten Umweltschäden ungeschehen machen.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Grundsätzlich ja, denn leider verschliessen gerne noch allzu oft grosse und ältere Gremien Augen und Ohren vor visionärem Gedankengut. Vielfach werden neue Ideen und andere Sichtweisen nicht ernst genommen und bei Entscheidungen nicht mit einbezogen.

Warum sind Sie bei der FDP?

Die Grundthesen der FDP «Freiheit und Verantwortung, Gleichheit und Vielfalt, Offenheit, Toleranz und Solidarität» bestimmen meinen Handlungsbedarf im täglichen Leben.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Keinem Politiker.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Frauen und Männer überzeugen mich durch offene, ehrliche und tolerante politische Meinungsäusserungen und uneigennütziges Handeln.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Ungeduld! Schade, dass «Frau und Mann» immer noch thematisiert werden, vor allem bei der Frage der Gleichberechtigung. Ich bin aber zuversichtlich, dass dank konsequenter Frauenförderung, durch Partnerschaft in Familie, Beruf und Politik in nächster Zukunft diese Thematik in den Hintergrund tritt.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Mein Engagement in der Öffentlichkeit zeigt mir, dass sich meine Charaktereigenheiten wie Optimismus, Gerechtigkeitsinn,

KURZBIOGRAPHIE

Zur Person: Ursula Luginbühl-Wassmer, Cham, aufgewachsen mit zwei Geschwistern in den Kantonen Aargau und Bern, seit 1970 wohnhaft im Kanton Zug, verheiratet, Mutter zweier Töchter, 17 und 23 Jahre alt.

Alter: 45 Jahre.

Berufliche Stationen: KV-Ausbildung im Verkehrs- und Reisebüro Thun. Seit 1971 Mutter und Hausfrau. Weiterbildung: Persönlichkeitsschulungen, Eintritt in den Rotkreuzdienst der Schweizer Armee, Lehrgang für Umweltberatung, Vorstandsmitglied der Frauen-

Offenheit, Mut und auch Ungeduld je nach Thematik und Umfeld als persönliche Schwäche oder Stärke entpuppen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Autonomie wagen» von Margrit Erni, Luzern.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Eine gesunde und ausgewogene Ernährung ist für mich die Voraussetzung für Fitness. Tägliche Spaziergänge mit unserem Hund «Hassan», an den Wochenenden mit der Familie Wanderungen in den Innerschweizer Bergen, Segeln auf dem Zugersee sowie Skifahren und Schlitteln stärken meine Muskeln und die Nerven.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Die weltweiten Umweltschäden ungeschehen machen und ein global gültiges Rezept für eine friedvolle, ökologische und ökonomische Zukunft ausarbeiten.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Bundesrätin Ruth Dreifuss möchte ich gerne kennenlernen. Gerne würde ich mit ihr über die noch anstehenden Lösungsfindungen im Departement des Innern diskutieren. ■

zentrale Zug, Bereich Frauenförderung, Gründungsmitglied «Umwelt Zug».

Politischer Werdegang: Seit 1987 Mitglied der Schulkommission der Gemeinde Cham, seit 1990 Schulhausbaukommission, seit 1991 Präsidentin der Umweltschutzkommission der Gemeinde Cham, seit 1993 Vorstandsmitglied der FDP Cham.

Liebste Tätigkeit: Ich treffe mich gerne mit lebenswürdigen Menschen, ein schmackhaftes Essen geniessen, diskutieren, scherzen und lachen. ■

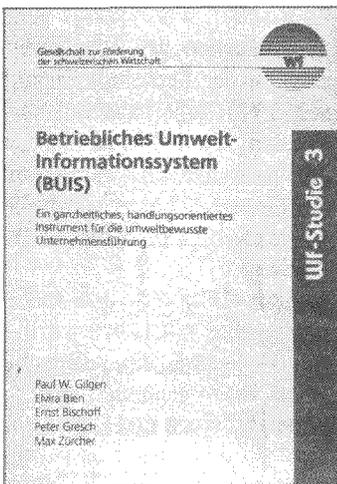
«BUIS-Öko-bilanzierung ohne Mängel»

Das «Betriebliche Umwelt-Informationssystem» (BUIS) lässt sich als neues Element nahtlos in bestehende Managementsysteme und damit in die üblichen unternehmerischen Führungsabläufe einfügen. BUIS ist ein wirkungsvolles Instrument, Umweltschutz zur Aufgabe der Unternehmensleitung zu machen, so dass diese ihre ökologische Verantwortung dauernd wahrnehmen kann.

Mit BUIS wird die vernetzte Wirklichkeit weder zu einer einzigen Kennzahl oder einer trivialen Aussage zusammengepresst, noch werden die vielen Wechselwirkungen unverändert stengelassen. Die angemessene Reduktion der Komplexität erlaubt, die anstehenden Umweltschutzaufgaben über alle Stufen des Managements zu lösen. Es wird mit gemessenen statt mit Standardwerten gearbeitet.

BUIS bringt die ökologischen und ökonomischen Gegebenheiten und Zusammenhänge mittels skalierter Diagramme zur Darstellung; alternative Massnahmen werden samt ihren Konsequenzen sichtbar gemacht. Damit lassen sich die notwendigen Entscheide unter Berücksichtigung sämtlicher unternehmerischer Aspekte treffen.

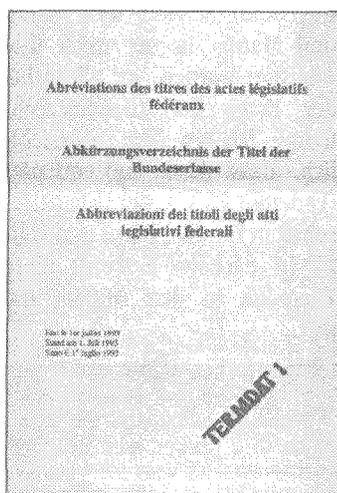
Die Wf-Studie 3: «Betriebliches Umwelt-Informationssystem (BUIS)» hat die beste verfügbare Problemlösung zum Ziel



(Best Available Technology, BAT). Damit wird – auf Unternehmensebene – das Vorsorgeprinzip, wie es auf politischer Ebene im Umweltschutzgesetz verankert ist, laufend in die Praxis umgesetzt. Die Dynamik des technischen Fortschrittes, durch welchen stetig verbesserte Umwelttechniken bereitgestellt werden, wird somit wirkungsvoll genutzt. Das ist der Weg zu «sustainable development».

Die Studie kann bei der Wirtschaftsförderung, Postfach 502, 8034 Zürich (Fax: (01) 383 82 27), bestellt werden und kostet Fr. 15.–.

Abkürzungsverzeichnis der Titel der Bundeserlasse



Mit Stand 1. Juli 1993 ist das Abkürzungsverzeichnis der Titel der Bundeserlasse durch die Bundeskanzlei neu herausgegeben worden. Es löst das Abkürzungsverzeichnis aus dem Jahr 1976 ab und soll zukünftig in regelmässigen Abständen veröffentlicht werden.

Das neue Verzeichnis beschränkt sich auf die Abkürzungen der Erlassentitel des Bundesrechts. Auf die Aufnahme weiterer Abkürzungen wurde verzichtet. Nicht mehr aufgeführt sind also die Abkürzungen von anderen Publikationen, von Dienststellen (diese finden sich im Eidgenössischen Staatskalender) und von internationalen Organisationen.

Das Abkürzungsverzeichnis 1993 bringt einige Neuerungen,

die den Benutzerinnen und Benutzern das Nachschlagen erleichtern:

Dem Hauptteil ist ein nach den drei Amtssprachen getrennter Index vorangestellt, der in alphabetischer Reihenfolge sämtliche Abkürzungen auflistet.

Jeder Abkürzung ist eine Kennziffer zugeordnet, unter der sie im Hauptteil zu finden ist.

Im Hauptteil sind die Erlassentitel in der Reihenfolge der Numerierung der Systematischen Sammlung des Bundesrechts (SR) aufgeführt.

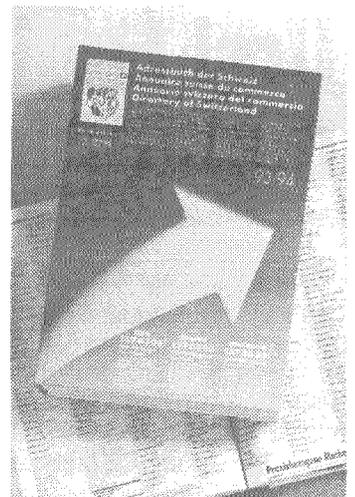
Das Abkürzungsverzeichnis 1993 der Titel der Bundeserlasse kann zum Preis von Fr. 13.– bei der EDMZ, 3000 Bern, unter Beilage einer adressierten Klebeetikette bezogen werden. Die Bezahlung erfolgt mit Einzahlungsschein.

Die Sektion Terminologie der Zentralen Sprachdienste der Bundeskanzlei führt das Abkürzungsverzeichnis auf der zentralen Terminologiedatenbank der Bundesverwaltung (TERMDAT) laufend nach. Dieser Datenbank können sich alle öffentlichen Stellen anschliessen, Kontaktadresse: Datenbankverwaltung, Waaghausgasse 18, 3003 Bern, Tel. (031) 61 35 87/97 38.

Das Adressbuch der Schweiz

Die neueste Ausgabe des Adressbuches der Schweiz ist soeben erschienen. In zwei kompakten Bänden – einmal nach Kantonen und Gemeinden sortiert und einmal nach Branchen – präsentiert sich der Schweizer Markt dem Benutzer in übersichtlicher Form. Neu ist jeder Firmeneintrag mit der entsprechenden Handelsebene gekennzeichnet.

Das Adressbuch der Schweiz gehört für Einkäufer, Manager und Unternehmer zu den praktischsten Informationsquellen. Es antwortet nämlich nicht nur auf die Frage «Welche Firma liefert mir was?», vielmehr bildet es, da bis auf wenige – vorwiegend nichtgewerbliche Zweige – alle Unternehmen einmal nach Standort und einmal nach Branchen eingetragen sind, eine gute Entscheidungshilfe sowohl bei der Suche nach günstigen Lieferanten als auch bei der Arbeit im Marketing oder in der Verkaufsplanung.



Ergänzt wird es durch wertvolle Zusatzinformationen wie die Adressen der Wirtschaftsverbände, die Aufführung aller Bundesbehörden, Angaben über Kantons- und Gemeindebehörden sowie die diplomatischen Vertretungen der Schweiz im Ausland bzw. des Auslandes in der Schweiz.

Messedaten und Seminarräume findet der Benutzer ebenso wie die Angaben zu Einwohnerzahlen und Infrastruktur der einzelnen Gemeinden. *Neu* ist jeder Firmeneintrag mit Symbolen der entsprechenden Handelsebenen (Produktion, Grosshandel, Einzelhandel, Dienstleistung, Handwerk und Gewerbe, Vermietung) hervorgehoben.

Die 89. Ausgabe des Adressbuches der Schweiz (1993/94) ist für 260 Franken (zuzüglich Porto) bei der Verlegerin MOSSE ADRESS AG, Räfelfstrasse 25, 8045 Zürich, Tel. (01) 463 77 00, Fax (01) 461 67 50, erhältlich.

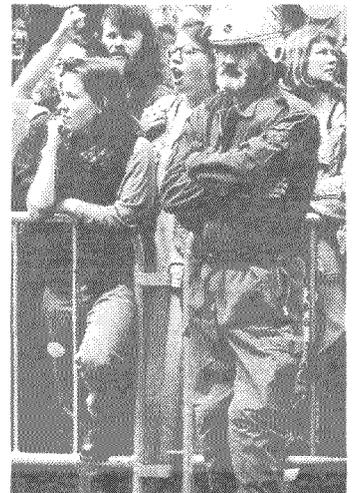
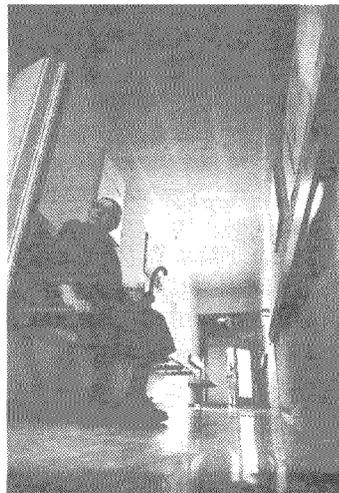
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Die Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wirtschaftsförderung, Wf) hat soeben ihren traditionellen «Zahlenspiegel der Schweiz» neu aufgelegt. Das bis Ende August 1993 aktualisierte Nachschlagewerk ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für alle, die sich privat oder beruflich mit Fragen aus Wirtschaft und Politik beschäftigen.

Der Wf-Zahlenspiegel 1993/94 kann bei der Wirtschaftsförderung, Postfach 502, 8034 Zürich, Fax (01) 383 82 27 zum Preis von Fr. 9.– bestellt werden.



In unserer Gesellschaft ist ein Sicherheitsdefizit feststellbar.



(Photos Keystone/Stahl)

Die öffentliche Sicherheit geht uns alle an

Ende letzten Jahres erhielt der damals noch amtierende Polizeidirektor der Stadt Bern, Marco Albisetti, von der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz den Auftrag, eine Arbeitsgruppe «Öffentliche Sicherheit» einzusetzen. In einer mehrere Monate dauernden Arbeit wurden Ursachen, Zusammenhänge und Auswirkungen des Sicherheitsdefizits analysiert, Thesen verfasst und ein Zielsetzungs- und Massnahmenkatalog zusammengestellt.

◆ Eleonora Schneuwly

Es kann nicht weggeleugnet werden: In unserer Gesellschaft ist ein massives Sicherheitsdefizit feststellbar. Wie eine repräsentative Umfrage ergab, sind 91 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Kriminalität in der Schweiz in den letzten zehn Jah-

ren zugenommen hat (siehe Graphik 1). Die Ursachen dafür sind, wie der Bericht der FDP detailliert festhält, vielschichtig, nicht immer auf den ersten Blick erkennbar und vor allem nicht mit Patentrezepten zu beseitigen.

Subjektives Unsicherheitsempfinden und objektive Bedrohungslage sind erwiesenermassen nicht deckungsgleich. Trotz-

**Graphik 1:
Einschätzung der Entwicklung der Kriminalität
(N=1343-1363)**

Ja-Anteile in %	Bewohner der Stadt Zürich	Einwohner der anderen Gemeinden
Kriminalität wurde in den letzten 3 Jahren schlimmer in der Gemeinde	40,2%	25,8%
Kriminalität wurde in den letzten 3 Jahren schlimmer in der Schweiz	61,6%	66,4%
Kriminalität wird in den nächsten 3 Jahren schlimmer werden in der Gemeinde	39,7%	22,9%
Kriminalität wird in den nächsten Jahren schlimmer werden in der Schweiz	56,9%	59,7%

Quelle: Zürcher Opferbefragung 1987

dem: ein Fünftel der in der Schweiz wohnhaften Bevölkerung gibt an, einmal Opfer eines

Verbrechens geworden zu sein; darüber hinaus belegt die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

FDP-Thesen

- Die öffentliche Sicherheit geht uns alle an.
 - Toleranz und Rücksichtnahme lösen viele Konflikte und schaffen ein menschliches Klima der Geborgenheit und Sicherheit.
 - Die Ausgrenzung von Menschengruppen verunsichert alle.
 - Die Autorität der Rechtsordnung und der Institutionen des demokratischen Rechtsstaates sind Voraussetzungen für die öffentliche Sicherheit.
 - Zu viele, zum Teil nicht vollziehbare Vorschriften schaden dieser Autorität. Aber auch unerfüllbare Erwartungen an das Recht fördern Resignation und Unsicherheit.
 - Die bürgernahe Polizei ist im öffentlichen Leben unse-
- rer Gemeinschaft integriert und in der effizienten, konsequenten und korrekten Erfüllung ihrer Pflichten auf Respekt, Achtung und Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen.
 - Die Entwicklung des internationalen organisierten Verbrechens erfordert einen Ausbau der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit und die Schaffung eines europäischen Sicherheitsraumes.
 - Zur Bewältigung von ausserordentlichen Situationen und komplexen Krisen sind tragfähige Sicherheitskonzepte zu erarbeiten: Durch einen Verbund der Sicherheitskräfte muss die Krisenfestigkeit unseres Landes gewährleistet werden. ■

1992 eine erhebliche Zunahme der Gewaltdelikte.

Ursachen der Angst

In einer umfassenden Standortbestimmung hat sich die Arbeitsgruppe mit den verschiedenen Ursachen der Verunsicherung und der Kriminalität auseinandergesetzt. Sie kommt dabei zu folgenden Schlüssen:

- Zum einen ist es der Wandel der gesellschaftlichen Werthaltung, der nachweislich Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Menschen hat: Autoritätsverlust von Familie und Staat, Anonymität, Unverbindlichkeit und Intoleranz.
- Darüber hinaus stellt die Arbeitsgruppe fest, dass die Massenmedien – wenn auch nicht gewollt – in der Förderung des Unsicherheitsgefühls eine nicht unbedeutende Rolle übernehmen. Tagtäglich führen sie unzählige Beispiele gestellter und ungestellter Gewalt – zum Teil in verherrlichender Form – vor Augen, die gerade bei Kindern, älteren und alleinstehenden Menschen eine Verzerrung des Wirklichkeitsbildes bewirken und Ängste wecken.

Ursachen der Kriminalität

Ebenso zahlreich wie die Ursachen der Furcht vor Verbrechen sind die Ursachen der Kriminalität. Zum Beispiel muss in den Städten auf Grund der dort ansässigen Drogenszenen eine massive Zunahme von Raubüberfällen verzeichnet werden (1992: +10,6 Prozent).

Ein heikles Thema ist die Ausländerkriminalität. Es kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass die Einwanderungsüberschüsse (1992: 40 500 Personen) und damit der verhältnismässig hohe Ausländerbestand für beide Seiten Probleme aufwerfen, deren Tragweite nur ansatzweise erkannt wird. Fest steht aber, dass das mit vielen Ausländern veränderte Strassenbild in breiten Schichten der Bevölkerung Verunsicherung auslöst, die sich in einer ablehnenden bis ausländerfeindlichen Haltung manifestiert.

Das Randgruppensein der Ausländer fördert andererseits die Gewaltbereitschaft. Der Anteil der Ausländer an Gewalt- und Drogendelikten, durch Statisti-

Graphik 2: Tatverdächtigenanteile (ermittelte Täterschaft)

Deliktsart	Ermittelte Tatverdächtige in %			Total Ausländer
	Schweizer und Schweizerinnen	Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz	Ausländer ohne Wohnsitz in der Schweiz	
Tötung	49	37	14	51
Körperverletzung	54	41	5	46
Raub	49	39	12	51
Erpressung	26	57	17	74
Freiheitsberaubung/Entführung	37	44	19	63
Notzucht	38	53	9	62
Gewalt und Drohung gegen Beamte und Behörden	65	26	9	35
alle Diebstähle	59	30	11	41
Gesamtkriminalität	59	30	11	41

Quelle: Schweizerische Polizeiliche Kriminalstatistik.

ken belegt, ist hoch (siehe Graphik 2).

Die Forderung der FDP nach einer verschärften Gangart gegen kriminelle Asylbewerber ist denn auch berechtigt. Im weiteren fordert die Arbeitsgruppe ein Migrationsgesetz, das die Einwanderungspolitik klar definiert und den Zuwanderungsstrom von Ausländern steuert.

Polizei, Justiz und Strafvollzug überfordert

Die Polizei ist Hüterin der öffentlichen Sicherheit und Inhaberin des staatlichen Gewaltmonopols. An dieser Funktion soll sich nichts ändern. Im Gegenteil: die Polizei muss diese Garantstellung wieder vermehrt wahrnehmen können. Die Verunsicherung in der Bevölkerung ruft nach erhöhter Polizeipräsenz in öffentlichen Strassen und Gebäuden (Patrouillendienst) und mehr Bürgernähe.

In erster Linie ist die Polizei daher von uneigentlichen Ordnungsaufgaben und vom administrativen Innendienst soweit als möglich zu entlasten. Mittelfristig muss aber auch der Polizeibestand erhöht werden. Der gegenwärtige Polizeibestand hält mit dem Bevölkerungswachstum von jährlich über einem Prozent nicht Schritt.

Der FDP-Bericht spricht aber auch das gravierende Problem

der Defizite im Gesetzesvollzug an. Unser Rechtsstaat ist nur dann glaubwürdig, wenn er den Gesetzen Nachachtung verschafft, Gesetzesbrecher verur-

Angebot

Der vollständige Bericht der FDP zur «Öffentlichen Sicherheit in der Schweiz» erscheint im Dezember dieses Jahres als Politische Rundschau Nr. 4.

Ein Exemplar des FDP-Positionspapiers «Öffentliche Sicherheit in der Schweiz» kann kostenlos bezogen werden.

Talon

Ich bestelle:

1 Ex. des FDP-Positionspapiers «Öffentliche Sicherheit in der Schweiz» (6 A4-Seiten).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 312 19 51).

FDP-Zielsetzungen

- Die Kriminalitätsrate der Schweiz ist auf den durchschnittlichen Stand der achtziger Jahre zu reduzieren.
- Auch die Alltagskriminalität (Einbruch- und Fahrzeugdiebstahl) ist zu reduzieren.
- Es ist zu verhindern, dass das organisierte Verbrechen (Waffen-, Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Korruption) in der Schweiz Fuss fasst.
- Die Defizite im Gesetzesvollzug sind auch durch die Beseitigung von unnötigen oder symbolischen Vorschriften zu beheben.
- Polizei, Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden sind zu modernisieren. ■

teilt und dem Strafvollzug zu führt. Dies setzt eine speditiv funktionierende Justiz voraus. Jahrelange Verzögerungen führen zu Rechtsverweigerung. Die räumlichen Kapazitäten der Strafvollzugsanstalten stossen an ihre Grenzen.

Hier ist, auch durch zwischenkantonale Absprachen, dringend Abhilfe zu schaffen. Es kann nicht hingenommen werden, dass verhaftete Straftäter auf Grund von nicht genügenden Haftplätzen wieder auf freien Fuss gesetzt werden müssen. Die Praxis der Urlaubsgewährung zugunsten von Gewalttätern muss strenger werden. Zu dieser Überzeugung ist die Arbeitsgruppe nicht erst auf Grund des jüngsten Mordes eines Wiederholungstäters im Zolliker Wald gelangt.

Das organisierte Verbrechen

In der Schweiz noch wenig bewusst sind die weiteren Entwicklungen des organisierten Verbrechens. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs in Osteuropa machen sich zunehmend Anzeichen einer expandierenden Ost-Mafia bemerkbar. Über kurz oder lang wird diese die Sicherheit der Bürger direkt beeinflussen.

Die organisierte Kriminalität wird sich nicht wie bisher hauptsächlich auf die Geldwäscherei und Infiltrierung in die legale Wirtschaft beschränken. Für die Ostkriminalität sind brutalste Vorgehensweisen charakteristisch. Dieser neuen Herausforderung kann nur begegnet werden, wenn geeignete

Bekämpfungsmassnahmen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden.

Eine Schlüsselstellung kommt dabei den V-Leuten zu. Der Einsatz und Schutz von V-Leuten und damit die präventive Informationsbeschaffung und -verarbeitung bedingt eine einwandfreie gesetzliche Grundlage. Der Gesetzgebungsauftrag muss ohne Aufschub und frei von polemischen Einwänden der seinerzeitigen Fichenaffäre an die Hand genommen werden.

Restrisiko bleibt

Die Forderung nach hundertprozentiger Sicherheit ist utopisch. Der liberale Rechtsstaat geht von der Annahme aus, dass seine Bürgerinnen und Bürger rechtschaffen sind. Dies ist denn auch in der Regel der Fall. Polizeiliche Omnipräsenz und Bespitzelung lassen wir Sache von totalitären Regimen sein. Machbar und vertretbar sind aber Massnahmen bei der Verbrechensprävention und beim Gesetzesvollzug. Die hier vorhandenen Defizite sind gezielt abzubauen.

In der ganzen Diskussion über die öffentliche Sicherheit darf vor allem eines nicht vergessen werden: Die öffentliche Sicherheit geht uns alle an. Die Furcht vor Verbrechen ist bei Betroffenen und Nichtbetroffenen, bei der Stadt- wie bei der Landbevölkerung vorhanden. Sie ist nur durch eine offene Auseinandersetzung mit deren Ursachen und Zusammenhängen zu bewältigen. ■

KOLUMNE

Zu viele Pannen im Bundesrat

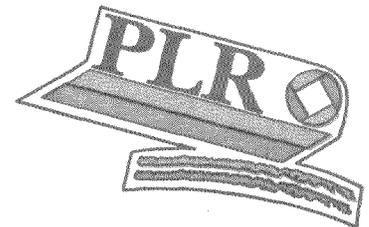


Auch die Bundesverwaltung besteht aus Menschen und wird von Menschen geleitet. Man wird also Irrtümer und Pannen nie ausschliessen können. Wenn sich *Tritte ins politische Fettnäpfchen* allerdings häufen, so verbreiten sich Unbehagen und Skepsis im Volk. Um nur die letzten Beispiele zu nennen: Im Juni gab der reddefreudige neue Chef des Buwal, Philippe Roch, am Westschweizer Radio Pläne der Bundesverwaltung für eine *CO₂-Abgabe* bekannt, was im weiteren Vorfeld der Mehrwertsteuerabstimmung zweifellos unklug war und ihm ein Administrativverfahren von Bundesrätin Dreifuss eintrug. Ins gleiche Kapitel gehören die Äusserungen von Thomas Zeltner, Chef, und Ursula Ulrich, Vize-Direktorin im Bundesamt für Gesundheitswesen, im Oktober über die Absichten zu einer *happigen Besteuerung der Genussmittel*, nicht zuletzt von Alkohol und Tabak. Auch diese Pannen, die prompt einem Dementi der Departementsvorsteherin Dreifuss riefen, waren kaum dazu angetan, die Ausgangslage für die wichtige Volksabstimmung über die Mehrwertsteuer zu verbessern. Als Ausrutscher muss auch das Auftreten von *Bundesrat Stich* am Fernsehen DRS bezeichnet werden, bei dem er im Zweifel liess, ob er nicht die bisherige Wust einer Mehrwertsteuer mit einem Satz von «nur» 6,2 Prozent vorziehen würde. Auch wenn sich die Landesregierung – wie übrigens alle Bundesratsparteien – energisch für einen Satz von 6,5 Prozent einsetzt, so war diese zwiespältige Haltung doch letztlich Wasser auf die Mühlen der Gegner eines Systemwechsels. Schliesslich hinterlässt auch die Indiskretion bei der Publikation des Berichts über die schweizerische Aussenpolitik in den neunziger Jah-

ren unangenehme Gefühle. Man kann den Volksentscheid gegen den EWR vom 6. Dezember 1992 zu Recht bedauern. Aber er muss zunächst einmal als Basis für die *Europapolitik* in nächster Zeit dienen, die sich auf bilaterale Verhandlungen zu konzentrieren hat. Dass man andere Optionen und Ziele deshalb nicht aus den Augen verlieren sollte, ist offensichtlich. Wenn Aussenminister Cotti heute aber einen EG-Beitritt bis zum Jahre 2000 propagiert, so werden damit diese Verhandlungen indirekt erschwert und entwertet; und im Grunde wird auch einer zweiten EWR-Abstimmung, wie sie eine Volksinitiative von Jungen verlangt, der Boden entzogen; denn diese dürfte ja kaum vor 1996 oder 1997 stattfinden können. Der Eindruck, dass im Bundesrat in der Europapolitik unterschiedliche Seilschaften unterwegs sind, hat schon der letzten EWR-Vorlage stark geschadet. Überzeugend wird auch künftig in dieser heiklen Frage nur eine klare und nach aussen geschlossene Haltung des Bundesrates wirken. Bei der Regierungsreform wird eine zahlenmässige Erhöhung der Regierungsmitglieder vom Bundesrat unter anderem mit dem Argument abgelehnt, das kollegiale Entscheiden – und damit auch Auftreten – würde darunter leiden. Wenn man die Pannen der letzten Monate Revue passieren lässt, so gewinnt man allerdings den Eindruck, dass das effiziente Funktionieren des Kollegialsystems vor allem eine Frage der *Selbstdisziplin und der Loyalität* gegenüber dem Gesamtgremium ist. Vielleicht würde es der Glaubwürdigkeit des Bundesrates sogar nicht schaden, wenn der Umgang mit den Medien etwas zurückhaltender würde – ich mag mich auf jeden Fall nicht daran erinnern, dass der populäre französische Ministerpräsident Balladur je in Badehosen oder auf dem Töff den Medien zur Verfügung gestanden wäre. . .

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen

FDP-Pin – FDP-Pin – FDP-Pin



Ab Ende September stehen die FDP-Pins deutsch, französisch und italienisch zur Verfügung.

Die Auflage ist numeriert und limitiert (total 5000 Stück)

Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Deutsch à Fr. 5.–

Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Französisch à Fr. 5.–

Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Italienisch à Fr. 5.–
und Porto und Verpackung

Wir bestellen _____ Set FDP/PRD/PLR-Pins à Fr. 15.–
inkl. Porto und Verpackung

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.

Riccardo Jagmetti: Ein offener, kreativer Denker und Schaffer

Der zu Beginn der Winter-session als neuer Präsident des Ständerates vorgesehene Riccardo Jagmetti ist in Zürich geboren und Zürcher Stadtbürger, hat aber seiner Tessiner Heimatgemeinde Mairengo immer die Treue bewahrt. Er spricht so fließend Italienisch wie Französisch (1968 bis 1971 lehrte er als Gastprofessor an der Universität Genf) und ist damit ein Mittler zwischen unseren Sprachregionen.

Alt Nationalrat
Hans Georg Lüchinger (ZH)

Riccardo Jagmetti gehört nicht zu den politischen Blendern, die sich im Lichte der Medien tummeln. Er ist ein stiller Grundsatzdenker von enormer Arbeitskraft. Ich erinnere mich, wie er zur fragwürdigen Verfassungsvorlage für den koordinierten Verkehr einen klugen und realistischen Gegenvorschlag konzipierte, mit dem wir Freisinnige im Nationalrat – leider vergeblich – versuchten, die neuen Verfassungsartikel vor dem voraussehbaren Volksverdikt zu retten.

Breites Spektrum

Zu seinen bevorzugten Interessengebieten gehören die Staatspolitik (er präsidiert zurzeit die Kommission für den Sprachenartikel der Bundesverfassung), die Bereiche von Umwelt, Raumplanung und Energie, ferner Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie die Finanzpolitik und die Aussenpolitik. Er ist Präsident der ständigen Kommission des Ständerates für Wirtschaft und Abgaben und Mitglied der parlamentarischen Delegation für die EFTA und das Europäische Parlament.



Grundsätzlicher Vordenker.

(Photo ruti)

Reformfreudig

Dank seiner Lehrtätigkeit als ordentlicher Professor für Rechtswissenschaft (insbesondere öffentliches Recht) an der ETH Zürich steht Jagmetti im Dauerkontakt mit der jungen Generation. Man spürt die ständigen Anstösse, die er aus dieser täglichen beruflichen Begegnung schöpft.

Jagmetti fühlt und denkt mit den Jungen und bringt viele ihrer

Anliegen und Wünsche in seine Parlamentsarbeit ein. Er ist ein offener Grundsatzpolitiker und Teil jenes reformfreudigen Kerns der heutigen freisinnigen Ständeratsdelegation, die so oft Aufsehen erregt.

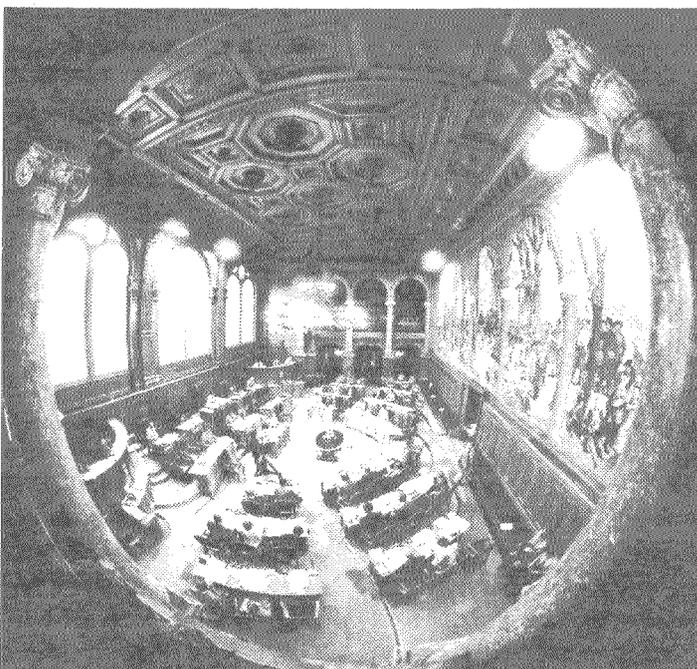
Für die erfolgreiche Arbeit eines Parlaments braucht es beide, die raschen, schlagfertigen Taktiker und volkstümlichen Debatter einerseits und die grundsätzlichen Vordenker und sorgfältigen Gesetzesredaktoren

andererseits. Die letzteren stehen weniger im Licht der Öffentlichkeit. Ihre Arbeit scheint daher weniger glänzend und verdankenswert zu sein, aber nur für die, welche die wahren Aufgaben eines Parlamentes verkennen.

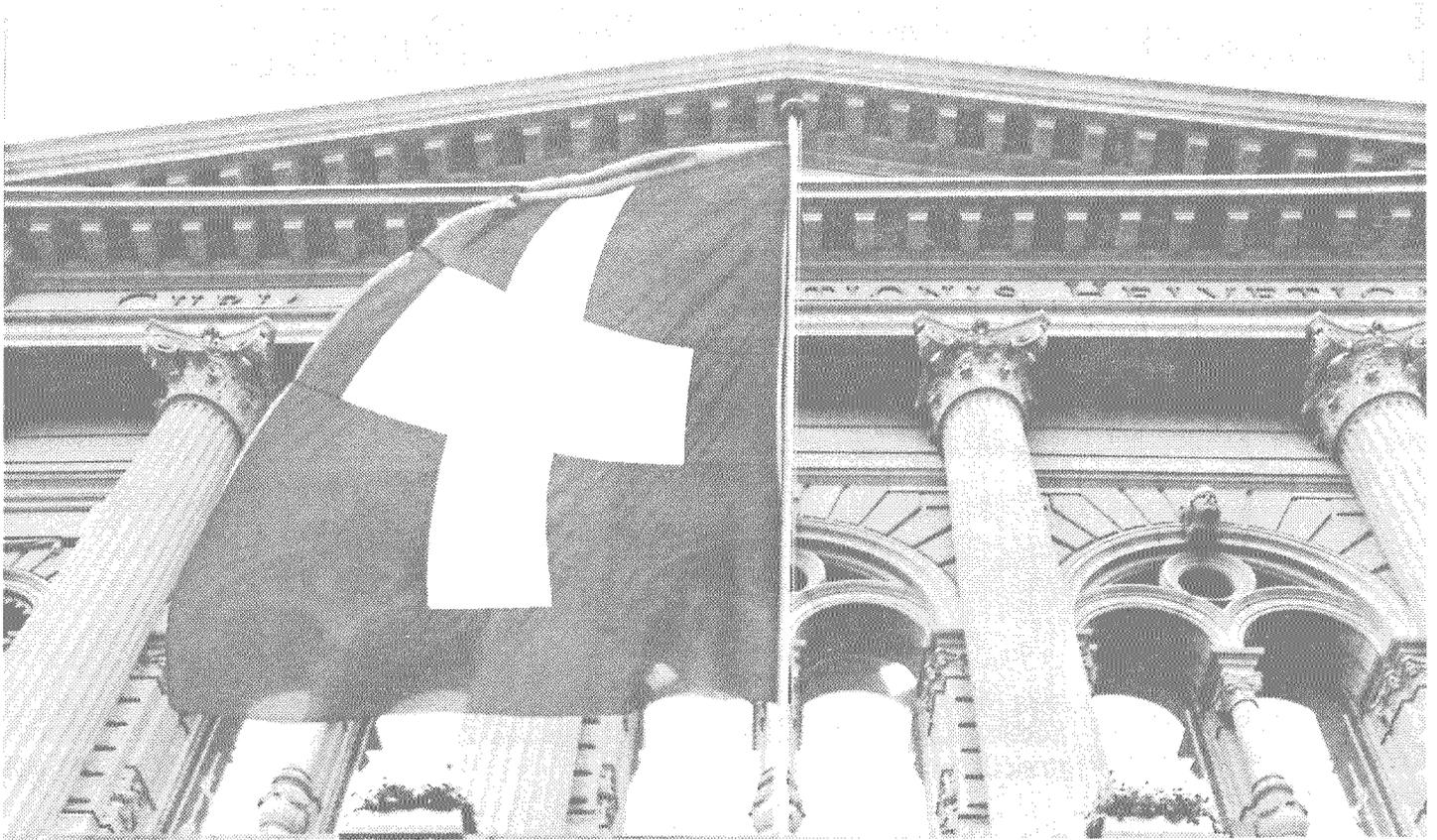
Hohe Qualitäten

Als im Herbst 1979 die FDP des Kantons Zürich ihren damaligen Kantonsrat Jagmetti ohne grosse Vorbereitung gegen die beliebte Volkstribunin Emilie Lieberherr in den Kampf um einen Zürcher Ständeratssitz schickte, schien das für viele ein Risiko zu sein. Ich durfte damals als Präsident der Kantonalpartei den offenen und volksnahen Wahlkampf unseres als «Ricco» angesprochenen Professors Jagmetti miterleben. Es ehrte das Zürcher Volk, dass es die eher verborgenen hohen Qualitäten Jagmettis erkannte und ihn nur um eine Bandbreite hinter der bisherigen Ständerätin durch die Ziellinie brachte.

Vier Jahre später ist Ricco Jagmetti mit Bravour zum Zürcher Ständerat gewählt worden. Und wir Zürcher freuen uns mit unseren Miteidgenossen, Frauen und Männern, über seine verdiente Wahl zum Präsidenten der Ständekammer. ■



Zu Beginn der Wintersession soll der Zürcher Ständerat Riccardo Jagmetti auf dem Präsidentenstuhl der kleinen Kammer Platz nehmen.
(Photo Stahl)



Die Frage nach der Totalrevision der Bundesverfassung ist «in der Luft».

(Photos Stahl)

120 Jahre Schweizerische Bundesverfassung: Wie weiter?

Unser Staat steht vor wirtschaftlichen und politischen Umbrüchen. Neue Ideen, neue Wege und neue Lösungen werden gesucht. Es stellt sich die Frage, inwieweit die geltende Bundesverfassung aus dem Jahre 1874 noch eine geeignete Grundlage darstellt. Anders ausgedrückt: besteht überhaupt ein Bedürfnis, dieses staatstragende Rechtswerk zu reformieren?

◊ Sven Bradke*

Sinn und Zweck einer geschriebenen Verfassung ist es, grundlegende und auf Dauer angelegte gesellschaftliche Verhaltensnormen festzuschreiben, die den Menschen im Alltag Rechts-

sicherheit, Vorhersehbarkeit und Beständigkeit garantieren. Eine Revision stellt die gelebte Stabilität bis zu einem gewissen Grad in Frage, da nur eine tatsächlich ausgeführte Änderung die Stabilität bzw. die effektive Wirkung einer neuen Regelung belegen kann.

Selbst wenn die vom Parlament gewünschte Revision der Bundesverfassung nur einen formellen Reformcharakter aufweist, so bleibt ein gewisses «Restrisiko» bestehen. Eine derartige Un-

sicherheit setzt triftige Gründe voraus, damit ein verfassungsmässiger «Statuswechsel» auch tatsächlich vollzogen wird.

Im Falle der Schweizerischen Bundesverfassung reichen die Argumente vorläufig nur für eine «sanfte Reform». Das erheblich grössere Risiko einer inhaltlichen Totalverfassungsrevision scheint politisch nicht opportun zu sein, obwohl zahlreiche Persönlichkeiten ein solches Vorhaben sehr begrüssen würden.

Formelle Gründe

Die Gründe, die trotz dem bestehenden Risiko für eine Verfassungsrevision sprechen, sind formeller und materieller Natur.

Als formelle Mängel gelten:

- die veraltete Sprache,
- die unsystematische Gliederung und Numerierung,

- die unterschiedliche Regeldichte bzw. Verfassungswürdigkeit der Artikel sowie
- heute gegenstandslos gewordene historische Überbleibsel.

Materielle Gründe

Wesentlich schwerer wiegen die materiellen Mängel der Bundesverfassung. Weil im Verfassungstext zahlreiche Lücken in bezug auf das geltende Verfassungsrecht bestehen, entspricht die Verfassungswirklichkeit nicht der geltenden Verfassung.

So garantiert beispielsweise nicht die Verfassung, sondern nur die bundesgerichtliche Rechtsprechung die persönliche Freiheit, die Sprachenfreiheit, die Meinungsäusserungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit. Auch die allgemeinen Rechtsgrundsätze sowie die Rechts- und Verfahrensschutzgarantien sind noch nicht in der Verfassung verankert. Mittels zahlreicher Par-

* Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen unter Prof. Hauser, Präsident der FDP der Stadt St. Gallen. Arbeitet gegenwärtig an einer wirtschaftspolitischen Studie im Rahmen des NFP 28 (Nationalfondsprogramm 28). Schreibt regelmässig für den «Freisinn».

tialverfassungsrevisionen wurden in der Vergangenheit zwar neue Artikel aufgenommen, verschiedene staatstragende Normen fehlen hingegen weiterhin.

Als die wichtigsten materiellen Mängel gelten:

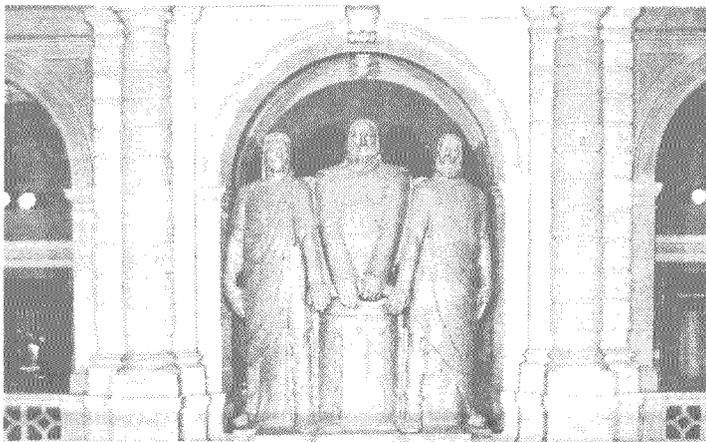
■ Ein unvollständiger und unsystematischer Grundrechtskatalog.

■ Uneinheitliche bzw. mangelnde Grundrechtsschranken (inkl. der sogenannten Kerngehaltsgarantie).

■ Fehlende Grundrechtsgehalte wie etwa der Schutz der Privatsphäre, der Informationsfreiheit, der Freiheit von Kunst und Wis-



Auch bei den Volksrechten stehen viele Reformen zur Diskussion.



Inwieweit stellt die Bundesverfassung aus dem Jahre 1874 noch eine geeignete Grundlage dar?

senschaft sowie der Koalitionsfreiheit.

■ Unscharfe Definitionen der Grundrechtsträger und der Adressaten der Grundrechte (Drittwirkung von Grundrechten?).

■ Fehlende Garantien des rechtsstaatlichen Handelns wie das Legalitätsprinzip, die Verhältnismässigkeit, der Grundsatz von Treu und Glauben und das Willkürverbot.

■ Nicht vorhandene Bestimmungen über Rechtsschutzgarantien und Verfahrensgrundsätze wie der Anspruch auf rechtliches Gehör, auf unentgeltliche Rechtspflege, das Verbot auf Rechtsverweigerung oder -verzögerung usw.

■ Unsystematische und uneinheitliche Ordnung der Bundeskompetenzen sowie ungenügende Mitsprache der Kantone.

■ Unvollständige Regelung des Gesetzgebungsverfahrens. Stichworte sind mangelnde Kriterien der Gesetzesdelegation und des

Vernehmlassungsverfahrens sowie Regelungen über nichtreferendumspflichtige allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse.

■ Unterschiedliche Regelungsdichte. Aufnahme von eigentlichen Gesetzes- oder Verordnungsregelungen anstatt von verfassungswürdigen Regelungen.

■ Die Reform der Volksrechte. Zur Diskussion stehen die Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Referenden, die Aufhebung des Ständemehrs, das Ausländerstimmrecht, das Verbot von rückwirkenden oder völkerrechtswidrigen Partialinitiativen, die Einführung der Einheits- oder Gesetzesinitiative, die Volkswahl des Bundesrates, die Einführung von Frauenquoten usw.

■ Eine nicht zeitgemässe Organisation der Behörden sowie des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat.

■ Fehlende Erläuterungen über Ziel und Zweck der staatlichen Tätigkeit.

Revision wünschbar

Dieser unvollständigen Liste könnten weitere «Verfassungsdefizite» beigelegt werden. Dennoch veranschaulichen die angesprochenen Problemkreise, dass eine formelle Verfassungsrevision mit punktuellen Neuerungen zumindest wünschbar wäre.

Allerdings muss betont werden, dass die individuelle Präferenz einer Neuerung meist auch mit dem erwarteten Ausgang der Reform in engem Zusammenhang steht. Folglich ist es einfacher, Anhänger für ein Revisionsvorhaben als Anhänger für

einen getroffenen Revisionsvorschlag zu finden.

Ein vergleichender Blick auf die Kantone und Staaten, welche in den letzten Jahren Totalverfassungsrevisionen durchgeführt haben oder noch dabei sind, lässt aber dennoch eine gewisse Zuversicht entstehen, dass die oben genannten Verfassungsdefizite erkannt und in Angriff genommen werden.

Die Frage nach der Totalrevision der Bundesverfassung dürfte deshalb weiterhin «in der Luft» liegen! ■

FDP-Parolen

Für den eidgenössischen Abstimmungsantrag vom 28. November 1993 beschlossen die Delegierten der FDP der Schweiz an ihrer Versammlung vom 16. Oktober 1993 in Bern folgende Parolen:

MEHRWERTSTEUER

JA	zum Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über die Finanzordnung Systemwechsel, 6,2 Prozent	193: 0
JA	zum Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über einen Beitrag zur Gesundung der Bundesfinanzen Erhöhung um 0,3 Prozent auf 6,5 Prozent	154:34
JA	zum Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über Massnahmen zur Erhaltung der Sozialversicherung	151:31
JA	zum Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über besondere Verbrauchssteuern	198: 1

ZWILLINGS-INITIATIVEN

NEIN	zur Volksinitiative «zur Verminderung der Alkoholprobleme»	163: 6
NEIN	zur Volksinitiative «zur Verminderung der Tabakprobleme»	175: 7

Senioren als Botschafter ihrer Altersgruppe

Gleich anschliessend an die Jugendsession findet im Bundeshaus in Bern am 3. Dezember 1993 die erste schweizerische Seniorensession statt. Grösser, so könnte man sagen, kann der Kontrast nicht sein. Und doch, von Kontrast und Kontroverse kann nicht gesprochen werden.



Nationalrat François Loeb: «Es ist begrüssenswert, dass auch Seniorinnen und Senioren auf ihre Bedürfnisse aufmerksam machen.» (Photo ruti)

Nationalrat François Loeb (BE)

Es ist von grosser Bedeutung, dass Bevölkerungsteile ihre Bedürfnisse klar zum Ausdruck bringen, dass sie miteinander diskutieren, damit dann die einzelnen Segmente die Bedürfnisse aufeinander abstimmen können. Es müssen Lösungen in gegenseitiger Rücksichtnahme gefunden werden. Toleranz unter allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ist eine der tragenden Säulen der schweizerischen Staatsidee. Und nur mit Toleranz, gegenseitigem Verstehen und Aufeinanderzugehen kann das Generationenproblem auch in unserem Lande angepackt werden. Ein Auseinanderdriften, ein Missverstehen der Altersgruppen würde zu Spannungen führen, die wir uns als kleines Land nicht leisten können.

Eigenverantwortung

Die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren, die in ihrer aktiven Berufszeit mit ihrer Arbeit mit-

geholfen haben, den heute im internationalen Vergleich hohen Lebensstandard der Schweiz aufzubauen, sind in der Politik zu berücksichtigen. Insbesondere geht es darum, der älteren Bevölkerung weiterhin ein Leben ohne materielle Not bei genügender Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Daneben ist alles daranzusetzen, dass die Vereinsamung im Alter, die Ausgrenzung aus der

Gesellschaft vermieden werden. Hier aber handelt es sich nicht nur um eine staatliche Aufgabe. Vielmehr müssen die Seniorinnen und Senioren selbst aktiv werden, sich in Vereinigungen und Selbsthilfegruppen zusammenschliessen, diese Aufgabe in Eigenverantwortung selbst anpacken.

Denn wer sollte im Falle des Einsamkeitsproblems die Bedürfnisse und deren Abdeckung sonst besser kennen als die betroffenen Seniorinnen und Senioren? Vom gegenseitigen Besuchsdienst zur Telefonkette, vom gemeinsamen Anlass bis zum gemeinsamen Hobby und gemeinsamer Kulturausübung bestehen unzählige Möglichkeiten. Und wenn man weiss, dass aktives gemeinsames Tun gerade im Alter dem Wohlbefinden zuträglich ist, muss man sich fragen, warum nicht mehr Seniorenorchester, Senioretheater, Seniorenkunstaussstellungen, Seniorenkinobesuchsklubs usw. von Seniorinnen und Senioren selbst an die Hand genommen werden.

Kontakte zwischen den Generationen

Dass die Generationen gegenseitig voneinander profitieren können, ist eine alte Weisheit.

Auch hier muss versucht werden, wieder vermehrt aufeinander zuzugehen, sich besser zu verstehen. Warum treffen sich nicht mehr Seniorinnen und Senioren mit Jugendlichen in den Jugendklubs der Gemeinden? Warum kommt man sich bei einer Eisenbahnfahrt im Gespräch nicht näher? Da die Zahl der Seniorinnen und Senioren dank der hohen Lebenserwartung ansteigt, sollte die Initiative zu solchen Kontakten insbesondere von der Gruppe der Älteren, Lebensfahreneren kommen. Denn von Generationsverträgen zu sprechen, von der Verpflichtung der Jüngeren den Älteren gegenüber genügt nicht. Jeder Senior, jede Seniorin ist Botschafter seiner Altersgruppe und sollte im persönlichen Gespräch versuchen, auf die altersspezifischen Probleme aufmerksam zu machen, welche ja der Jüngere mit grosser Wahrscheinlichkeit auch eines Tages erleben wird.

Dialog

Es ist begrüssenswert, dass sowohl Junge als auch Seniorinnen und Senioren in Veranstaltungen wie zum Beispiel Jugend- und Seniorensession auf ihre Bedürfnisse aufmerksam machen, diese verbalisieren. Das Aufeinanderzugehen und das Selbst-aktiv-Werden, die eigenen Probleme in Eigenverantwortung zu lösen versuchen, müssen dabei im Zentrum stehen. Der Dialog über die Generationen hinweg ist der beste Garant zur Aufrechterhaltung des Generationenvertrages!



An der ersten Seniorensession am 3. Dezember werden die Senioren im Nationalratsaal statt auf der Zuschauertribüne Platz nehmen. (Photo Stahl)

Der Leidensweg einer Petition

Die neue Armut ist oft das Resultat mangelnder Ausbildung. Gerät ein Kind während der Schulzeit in eine Krise, hat es später kaum eine Chance, das Versäumte nachzuholen. Es fehlt ihm ein Grundbaustein für seine berufliche Karriere. Unsere Wirtschaft braucht aber immer mehr gutausgebildete Fachleute. Die Freisinnige Frauengruppe Schaffhausen, unterstützt von der Schweizerischen Vereinigung freisinniger Frauen (SVFF), lancierte daher eine Petition und sammelte 500 Unterschriften. Die Frauen sind der Auffassung, dass das Fernsehen zum Aufarbeiten des schulischen Defizits ein ideales Lehrmedium ist.

Ursula L. Schmid,
Schaffhausen

Das Fernsehen ist bequem, ohne Anfahrtsweg zugänglich und hat den Vorteil, dass sich die Benutzerinnen und Benutzer nicht exponieren müssen. Es gibt keine Schwellenangst zu überwinden.

Motivierten Leuten muss Gelegenheit geboten werden, sich zu Fachleuten auszubilden. Besonders in Pflegeberufen und Handwerkskreisen finden sich oft geschickte Leute, die zu innovativen Leistungen fähig sind,

sie jedoch nicht «verkaufen» können, weil ihnen der mündliche und schriftliche Ausdruck oder die Voraussetzungen zu kaufmännischem Denken fehlen. Auch im privaten Bereich darf ein gute Schulbildung der Eltern nicht unterschätzt werden. Sie hebt das intellektuelle Niveau der Familie und verbessert die Startchancen der Kinder.

Enttäuscht

Die Freisinnige Frauengruppe Schaffhausen reichte ihre Petition beim SRG-Zentralrats-Präsidenten Eric Lehmann ein. Kopien

Audiovisueller Fernunterricht

Ziel der Petition

- Beitrag im Kampf gegen die neue Armut
- Grundausbildung, die eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglicht. Vermittlung des Schulstoffes der gehobeneren Orientierungsstufe (Sekundar- bzw. Realschule). Angebot besonders für Hausfrauen und -männer, alleinerziehende Mütter und Väter sowie Arbeitslose.
- Lehrkräfte aus der Region begleiten die Lernenden. Erstrebenswert ist ein Abschlusszertifikat.

Finanzierung

Teils aus eigenen Mitteln, teils durch Beiträge aus dem Biga-Fonds für nicht gewinnorientierte Weiterbildung.

gingen an Bundesrätin Ruth Dreifuss, Biga-Direktor Jean-Luc Nordmann, den Präsidenten der Schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz, Jean Cavadini, den Präsidenten der Schweizerischen Stiftung für audiovisuelle Bildungsangebote, Arthur Straessle, die Abteilungsleiterin «Familie & Bildung» FS DRS, Verena Doelker-Tobler. Das Resultat ist enttäuschend und frustrierend!

Am 22. April erklärte sich SRG-Zentralratspräsident Lehmann für nicht zuständig. Konkrete Programme seien Sache der einzelnen Departemente, weshalb er die Petition im Einverständnis mit dem Generaldirektor der SRG an die interregionale Konferenz der Fernsehdirektoren zur Prüfung weiterleitete.

Der Präsident dieser Konferenz, Guillaume Chenevière, bekundete grosses Interesse am Projekt, aber weil im Moment wichtigere Probleme anstünden, könne er nicht auf die Petition eingehen.

Bundesrätin Dreifuss war nicht gleicher Meinung wie Eric Lehmann, die Petition sei an die richtige Adresse geleitet worden. Gemäss Bundesverfassung sei die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen zwar Sache des Bundes, die Verfassung gewährleiste jedoch die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen sowie deren Autonomie in der Programm-

gestaltung. – Eine Kopie dieses Briefes wurde wiederum an Eric Lehmann geschickt, doch hat er sich bis heute nicht mehr verlauten lassen.

Jean Cavadini, Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, fasste sich kurz mit dem Hinweis, dass es an der SRG liege, nach passenden Lösungen zu suchen.

Biga-Direktor Nordmann erklärte in seinem Schreiben, dass sein Amt, entgegen verschiedenen Pressemeldungen, über keinen Fonds für nichtgewinnorientierte Weiterbildung verfüge. Der Fonds sei nicht zustande gekommen, weil sich die Bundesfinanzen sehr verschlechtert hätten.

Funkstille

Obwohl die angeschriebenen Präsidenten und Direktoren das soziale Engagement der Initiantinnen loben und die Idee gut finden, herrscht Funkstille. – Herr Lehmann hält Herrn Chenevière für zuständig. Herr Chenevière hat aber leider andere Sorgen. Frau Bundesrätin Dreifuss findet, wir hätten richtig gehandelt. Herr Cavadini wiederum ist überzeugt, dass Herr Lehmann oder sonstwer bei der SRG zuständig ist, und Herr Nordmann hat keinen Fonds und kein Geld.

Niemand ist zuständig. Trotz (oder wegen?) der vielen Ämter und Institutionen!

Widersprüchliche Antwort

Bundesrätin Ruth Dreifuss will sich nicht für die Registrierung der Pille RU 486 als Alternative zum chirurgisch vorgenommenen Schwangerschaftsabbruch einsetzen. In ihrer Antwort auf einen offenen Brief (s. «Freisinn» Nr. 6/1993) der Schweizerischen Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen (SVFF) schreibt sie, dass ihr die Annahme von RU 486 als Medikament wünschenswert schein. Sie wolle jedoch davon absehen, bei der Firma Hoechst auf eine Beschleunigung des Registrierungsverfahrens bei der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel hinzuwirken.

Die SVFF ist über die bundesrätliche Antwort enttäuscht. Die

FDP-Frauen hatten erwartet, dass sich die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern im Interesse vieler Frauen aktiv für die Registrierung einsetzen würde. Wenn Bundesrätin Dreifuss die Annahme der Pille als Medikament wirklich wünschenswert scheint, wie sie schreibt, wäre eine Mithilfe bei der Registrierung die logische Folge. In diesem Sinn ist der Brief widersprüchlich, ausserdem fehlt eine Begründung für den Entscheid.

Die FDP-Frauen halten daran fest, dass ein Medikament nicht aus weltanschaulichen Gründen denjenigen Frauen vorenthalten werden darf, für die es sinnvoll und nötig ist. ■

LFGSA

Mehrwertsteuer zu 6,5 Prozent

Der Zentralkommission (ZA) des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFGSA) beschloss die Parolen für den eidgenössischen Urnengang von Ende November.

Ein Wechsel im Steuersystem – wie der beabsichtigte Übergang von der Warenumsatz- zur Mehrwertsteuer – gibt erwiesenermassen Anlass zu kontroversen und grundsätzlichen Diskussionen. Einig war man sich hingegen im LFGSA-ZA, dass die vorgeschlagene Besteuerung von Dienstleistungen erfahrungsgemäss von oberen Einkommensschichten mehr beansprucht wird. Zudem wird mit der Einführung der Mehrwertsteuer ein Anreiz zur Gesundung der Bundesfinanzen geleistet, welche uns alle betreffen. Nicht ausser acht gelassen werden darf sodann, dass fünf Prozent des Mehrwertsteuerertrages für Prämienverbilligungen der Krankenversicherung unterer Einkommensschichten verwendet werden.

Der Ja-Anteil für den Systemwechsel von der Wust zur Mehrwertsteuer fiel deutlich aus; hingegen wurde dem erhöhten Satz von 6,5 Prozent nur mit dem Stichentscheid des Zentralpräsidenten zugestimmt.

Deutlicher fiel das Verdikt bei den Zwillingsinitiativen aus: Beide Vorlagen wurden deutlich verworfen und die Nein-Parole beschlossen. Trotz den Suchtgefahren und den volkswirtschaftlichen Folgekosten betrachtet es

der LFGSA-ZA als nicht erwiesen, dass mit einem restriktiven Werbeverbot der Konsum nachhaltig eingeschränkt wird. Zudem widerspricht es dem Credo des LFGSA, welches die Selbstverantwortung und die Freiheit des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt.

Soziale Verantwortung

Der Zentralvorstand (ZV) des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFGSA) befasste sich mit der aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage.

Er zeigte sich enttäuscht ob der Haltung einzelner Arbeitgeberverbände und Unternehmen, die in der Teuerungsfrage eine Nulllösung durchsetzen wollen. Die Erfahrung zeigt, dass mit Lohnverzicht keine Arbeitsplätze gerettet werden können. Statt die Rezession zu bremsen, wird diese durch Kaufkraftschwund noch gefördert und treibt Arbeitnehmerfamilien im unteren Einkommensbereich an die Schwelle zur Armut, wenn nicht gar darunter.

Insbesondere der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) wird aufgefordert, seine Haltung in der Lohnfrage zu überdenken und zu einer vernünftigen Lohnvereinbarung Hand zu bieten. Im Rahmen des bis Ende 1994 verlängerten Landesmantelvertrages für das Bauhauptgewerbe (LMV) sind ein Teuerungsausgleich von drei Prozent sowie 0,6 Prozent für Arbeitszeitverkürzung vorgesehen. Der SBV droht nun, falls seitens der Gewerkschaften an dieser vertraglichen Abmachung festgehalten wird,

mit der Kürzung oder gar Streichung des 13. Monatslohnes im Jahr 1994. Die Folge davon wäre ein vertragsloser Zustand mit allen Negativfolgen.

Mit Bedauern stellt der LFGSA-ZV einen Gesinnungswandel bei den Unternehmern fest: Traditioneller Unternehmerngeist, getragen von Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Mitarbeitern, ist zunehmend im Schwinden begriffen. Er appelliert an das soziale Gewissen der Unternehmer als Bestandteil der freien Marktwirtschaft.

JBS

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) stellte anlässlich ihres 65. Kongresses in Martigny VS fest, dass es nicht genügt, nur einzelne Punkte, insbesondere die Arbeitslosenversicherung, zu ändern, sondern dass wir im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die ganze schweizerische Wirtschaft deregulieren müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nötig, die Rahmenbedingungen für unsere Industrie, unser Gewerbe und den Handel anhaltend zu verbessern, ein modernes, den heutigen Bedingungen angepasstes Finanz- und Steuersystem zu schaffen, uns gegenüber Europa und der Welt zu öffnen. Um eine liberale Wirtschaftspolitik behalten zu können, müssen wir den helvetischen Perfektionismus in den Hintergrund stellen, unsere Standpunkte überdenken und auch Risiken annehmen.

Sie braucht.



Spende Blut. Rette Leben.

Wer nichts riskiert, gewinnt nichts!

Besondere Aufmerksamkeit muss der Jugendarbeitslosigkeit geschenkt werden, damit junge Arbeitslose nicht den «Gefahren der Strasse» ausgesetzt werden.

Die Arbeitslosigkeit ist ein strukturelles und nicht nur konjunkturelles Problem, das sehr wahrscheinlich nicht ganz gelöst werden kann. Wir müssen dieses Problem in unser Leben integrieren, uns darauf einstellen und unsere Gesetze an die Realität anpassen.

Am 28. November 1993 hat jede Bürgerin und jeder Bürger unseres Landes die Möglichkeit, konkrete Schritte gegen die Arbeitslosigkeit einzuleiten, der Einführung der Mehrwertsteuer zuzustimmen und die Zwillingsinitiativen abzulehnen.

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

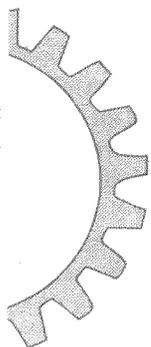
Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

JA zur Mehrwertsteuer



4 x JA zur wirtschaftlichen Stärkung der Schweiz.

- JA** Bundesbeschluss 1: Neue Finanzordnung (Systemwechsel; 6,2 Prozent).
- JA** Bundesbeschluss 2: Beitrag zur Gesundung der Bundesfinanzen (Erhöhung um 0,3 auf 6,5 Prozent).
- JA** Bundesbeschluss 3: Erhaltung der Sozialversicherung (AHV).

- JA** Bundesbeschluss 4: Umwandlung von besonderen Verbrauchssteuern.



Zwillingspartnerschaften zwischen FDP-Ortssektionen

Wie kann der Dialog zwischen den Regionen und Sprachgruppen gefördert werden? Diese Frage stellte sich der Ausschuss Kultur- und Bildungspolitik der FDP der Schweiz nach dem 6. Dezember 1992. Sein Vorschlag: Zwillingspartnerschaften und Austauschaktionen.

Der Ausschuss Kultur- und Bildungspolitik unter dem Präsidium von Nationalrat François Loeb (BE) diskutierte intensiv über das Verhältnis zwischen den Sprachgruppen in unserem Land. Als Folge des 6. Dezember stellte er eine Zunahme der Spannungen fest. In den Diskussionen wurde darauf hingewiesen, dass es insbesondere der Erlebniswert direkter Kontaktnahme sei, der wesentlich zum Abbau bestehender Verständigungshemmnisse und zur Akzeptanz anderer Mentalitäten beitrage.

Im Vordergrund stand dabei die Idee von «Jumelagen», von Zwillingspartnerschaften und Austauschaktionen z. B. zwischen Gemeindelegislativen und



Die FDP der Schweiz soll in der Frage des kulturellen Brückenschlages eine herausragende Rolle spielen. (Photo ruti)

-kommissionen, Verwaltungen, Unternehmungen, Schulen, Kulturinstituten, Medien und anderem mehr. Interkulturelle Begegnung im eigenen Land, Kenntnissnahme und Verständigung wären das Ziel.

Rolle der FDP

Auch innerhalb der grossen Parteien soll für die gegenseitige Verständigung mehr getan werden. Der Ausschuss Kultur- und Bildungspolitik möchte, dass die FDP der Schweiz in der Frage des kulturellen Brückenschlages eine herausragende Rolle spielt. Auf Grund ihres Selbstverständnisses im Zeichen politischer

und geistiger Toleranz und auch auf Grund ihrer speziellen Organisation, ihres bis in alle Landesgegenden verästelten Beziehungsnetzes können die Freisinnigen diese Aufgabe besonders gut erfüllen.

Der Ausschuss Kultur- und Bildungspolitik hat seine Überlegungen und Anregungen der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz und auch den Verständigungskommissionen des National- und Ständerates unterbreitet. Die FDP-Geschäftsleitung hat den Vorschlag des Ausschusses begrüsst, neben der Tradition partnerschaftlicher Besetzung parteieigener Ausschüsse und Gremien durch Repräsentanten verschiedener Landesgegenden und Sprachgruppen gezielt auch das Modell sogenannter «Jumelagen», Partnerschaften zwischen örtlichen Sektionen mit dem Ziel innerparteilicher Begegnungskultur und Mobilität, zu fördern und zu propagieren.

Die freisinnigen Ortssektionen aller Landesgegenden sind in diesem Sinne eingeladen, den Verständigungs- und Partnerschaftsgedanken aufzugreifen und gezielt Brücken zu bauen zwischen den Kulturen der Schweiz.

Organisation

Das Generalsekretariat der FDP der Schweiz nimmt Wünsche und

Anmeldungen für Ortsparteipartnerschaften jederzeit zur Vermittlung entgegen.

Im «Freisinn» respektive in der Zeitschrift «Politique» wird dem Unternehmen «Zwillingspartnerschaften» künftig eine spezielle Spalte eröffnet. ■

100 Jahre FDP der Schweiz

Die FDP der Schweiz begeht 1994 das Jubiläum ihres hundertjährigen Bestehens.

Wir wollen dieses bedeutende Ereignis am 17. September 1994 in Olten, dem Gründungsort unserer Partei, mit einem würdigen Festakt und einem grossen Volksfest feiern.

Die FDP der Schweiz wird sich in Olten als 100 Jahre junge, alle Bevölkerungskreise umfassende, kreative und dynamische Partei zeigen, die den Willen bezeugt, auch die Zukunft wesentlich mitzugestalten.

Zu diesem Fest möchten wir bereits heute alle unsere Parteiangehörigen und ihre Familien in den Kantonen und sämtliche Ortssektionen einladen und sie darum bitten, das Datum vom 17. September 1994 für das Jubiläum in Olten freizuhalten. ■

Talon

Die FDP-Ortssektion _____, Kanton _____, wünscht eine *Zwillingspartnerschaft* mit einer FDP Ortssektion

- in der französischen Schweiz
- in der italienischen Schweiz
- in der rätoromanischen Schweiz
- in der deutschen Schweiz

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr. _____

PLZ: _____ Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 312 19 51)

Gesucht sind Leute, die zupacken

Nach einer Zeit, während der ich mich intensiv mit politischen Fragen verschiedenster Art beschäftigt habe, habe ich mich weitgehend aus der Politik zurückgezogen und setze meine Energie im Beruf ein. Der Grund: Ich habe zwar gelernt, dass viele gute Ideen vorhanden sind, die in der Praxis sicher noch fertig entwickelt werden müssen. Die Parteien, speziell die FDP, haben sich aber darauf spezialisiert, den Status quo weiterzuentwickeln. Mit viel Engagement und wortgewaltig wird erklärt, dass man selbstverständlich für marktwirtschaftliche Instrumente sei. In diesem speziellen Falle seien diese aber nicht anwendbar. Der Hauptgrund für die negative Beurteilung sind meistens Partikularinteressen. Unter dem Vorwand der freien Marktwirtschaft wird viel verhindert, was im Sinne der Allgemeinheit und speziell der kommenden Generationen wäre.

Ich bin nicht für Polizeimassnahmen und mehr Vorschriften, die halbherzig oder gar nicht vollzogen werden, sondern für Massnahmen über den Preis. Ideen sind viele vorhanden. Ich denke an die Idee des Ökobonus, der vorgezogenen Entsorgungsgeldgebühr, der verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung, der CO₂-Abgabe, ja sogar an eine ökologische Steuerreform. Alle diese

Ideen haben gewisse Punkte, die noch ungelöst sind oder optimiert werden müssen. Aber sie können Impulse in die richtige Richtung auslösen. Wenn wir nur die Hälfte der Zeit, die wir brauchen, um zu erklären, warum diese Ideen in der Praxis nicht umzusetzen sind, für das Suchen nach praktischen Lösungen eingesetzt hätten, wären wir heute bereits einen Riesenschritt weiter. Statt dessen streiten wir wegen Kleinigkeiten herum und lösen Scheinprobleme.

Die FDP ist eine Partei geworden, die wenig bewegt und viel verhindert. Ich wünsche mir, dass die FDP wieder eine Partei wird, die Probleme anpackt und löst.

Ich gehöre auch zu jener Gruppe von Leuten, die eher überarbeitet als unterbeschäftigt ist. Wenn ich in der Schweiz und weltweit die zunehmende Arbeitslosigkeit beobachte, bin ich sicher, dass wir schwierigen Zeiten mit ungewissem Ausgang entgegengehen. Von den weltweiten ökologischen Problemen wird viel geredet, es wird aber wenig gehandelt. Die problematischste Zeitbombe neben dem Treibhauseffekt sind sicher die AKW im ehemaligen Ostblock. Hier wäre entschlossenes Handeln gefragt. Tschernobyl hat uns einen Vorgeschmack davon gegeben, was es heisst, wenn so ein Reak-

tor ausser Kontrolle gerät. Irgendwann ist es zu spät. Die Leidtragenden wären weniger die Leute meiner Alterskategorie oder älter, sondern unsere Kinder und die kommenden Generationen.

Ziel unserer Politik muss es sein, unseren Kindern und den kommenden Generationen eine lebenswerte Welt zu bewahren. Unsere Freiheit muss nicht nur in Worten, sondern vor allem in Taten ihre Grenze an der Freiheit dieser Gruppe, die sich noch nicht für ihre Interessen wehren kann, finden. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass die FDP vom Verhindern zu einer aktiven Suche nach echten Lösungen aufbricht.

Dr. Simon Meier, Meilen

Was wollen wir?

Wollen wir mehr Arbeitsplätze in der Schweiz schaffen? Wollen wir die 70 000 Dienstleistungsbetriebe steuerlich gleich behandeln wie die andern Unternehmen? Wollen wir unseren Bauern die versprochenen Direktzahlungen statt den Subventionsdschungel gewähren? Wollen wir die Strafsteuer auf Investitionen abschaffen, damit mehr investiert wird?

Wollen wir unseren demokratisch gewählten Vertretern glauben, dass sie das Beste für unser Land wollen? Wollen wir die finanzielle Stabilität der Schweiz garantieren? Wollen wir, dass es aufwärts geht mit der Schweiz?

Wer diese sieben Fragen mehrheitlich bejaht hat, der soll bitte auch zum Mehrwertsteuersatz von 6,5 Prozent ja sagen.

Wenn der Bundesrat, der National- und Ständerat und alle grossen Parteien den Mehrwertsteuersatz von 6,5 Prozent mit grosser Mehrheit zur Annahme empfehlen und das Volk diese Empfehlung ablehnt, dann ist nachher nicht die Regierung schuld.

Das Volk kann bei dieser Mehrwertsteuerabstimmung den Ast ansägen, auf dem wir alle sitzen. Kämpfen wir darum gegen durchsichtige Branchenparolen. Es geht um unser aller Wohl.

Ruedi Andres, Mümliswil

FDP-Positionen

Gegen Protektionismus und Wettbewerbsverzerrung

Aus ordnungspolitischen Gründen lehnt die FDP den Bundesbeschluss zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und der Standortattraktivität ab. In ihrer Vernehmlassungsantwort schreibt die Partei, dass sie ein gesundes Wettbewerbsklima, einen stabilen Geldwert und solide Staatsfinanzen als wichtig erachtet, damit sich unternehmerische Initiative entfalten kann. Einzelbetriebliche Massnahmen hingegen weist sie zurück.

Die FDP ist trotz ihrer Ablehnung des vorgeschlagenen Bundesbeschlusses nicht grundsätzlich gegen die Förderung von Randregionen durch den Bund. Effiziente Regionalpolitik sollte ihrer Ansicht nach jedoch im Infrastrukturbereich der betroffenen Regionen günstige Rahmenbedingungen schaffen und nicht protektionistische und wettbewerbsverzerrende Massnahmen fortschreiben. ■

Zwillingsinitiativen: 2 x Nein

Weil Werbeverbote kein gesundes, vernünftiges Verhalten im Umgang mit Tabak und Alkohol erzwingen können.

Weil zahlreiche Kultur- und Sportveranstaltungen ohne Sponsoring auch der Alkohol- und Tabakindustrie nicht mehr möglich wären.

Weil auch Arbeitsplätze vernichtet würden.

Weil nur die Schweizer Printmedien davon betroffen wären.



Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 1+2/92: «Die aktuelle Drogendebatte: Ein Überblick über Thesen und Modelle»
- Ex. Nr. 3/92: «Bericht und Thesen zur schweizerischen Neutralität von morgen»
- Ex. Nr. 4/92: «Freisinnige Standortbestimmung zur Umwelt- und Energiepolitik, zur Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, zum Wohnproblem und zur Neat-Finanzierung»
- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkräftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»

Name: _____ Vorname: _____ 11/93

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

An Weihnachten denken

FDP-Artikel sind Qualitätsartikel. Als klassische Hits gelten das Foulard oder die Krawatte im klassischen Design oder im New-Look-Stil. Ende Jahr besonders aktuell ist auch das Portefeuille. Bestellen Sie jetzt schon einen FDP-Artikel als Weihnachtsgeschenk oder für sich selbst.

Talon

Ja, ich bestelle:

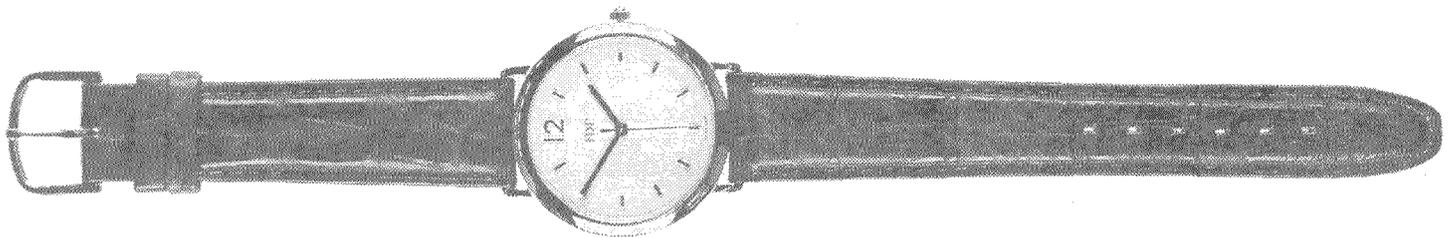
- Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem hand-rollierten Saum versehen. ___ Ex. à Fr. 50.-
- Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- Die **Krawatte** aus unserer New-Look-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. mit der FDP-Agenda 1994. ___ Ex. à Fr. 44.-

Name: _____ Vorname: _____ 11/93

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Es ist FDP-Zeit

Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 80.- (plus Porto und Verpackung):
___ Ex. FDP-Uhr.

Name: _____ Vorname: _____ 11/93

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern Fax (031) 312 19 51

FDP-POSITIONEN

Revision des Zivilgesetzbuches

Grundsätzlich positiv bewertet die FDP die Revision des Zivilgesetzbuches, Teile Stiftungsrecht und Eröffnung von Ehe- und Erbverträgen. Ein Verbot von Stiftungen mit überwiegend wirtschaftlichem Zweck, wie es der Entwurf des Bundesrates für die Zukunft festschreiben will, lehnt die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort jedoch ab. Die FDP weist darauf hin, dass die Unternehmensstiftung keine der in der Praxis umstrittenen Fragen des bisherigen Gesetzes ist. Es gibt im Gegenteil erfolgreiche Unternehmungen, die sich des Institutes bedienen. Auch bei der Erbfolge erweist sich die Unternehmensstiftung oft als die den unter Umständen komplizierten Verhältnissen am besten angepasste Form. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb sie verboten werden sollte. ■

Flexible Ost- und Mitteleuropahilfe

Angesichts der besonderen Lage in den ehemaligen kommunistischen Ländern befürwortet die FDP die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für spezielle Entwicklungszusammenarbeit, wie ihn der Bundesrat mit dem Vorentwurf zu einem Bundesbeschluss über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vorschlägt. Die Partei legt in ihrer Vernehmlassungsantwort aber Wert darauf, dass diese rechtliche Grundlage befristet und inhaltlich so weit gefasst wird, dass die Unterstützung in flexibler Weise der aktuellen politischen Situation angepasst werden kann. ■

**Jahresbericht
Rapport annuel**

Die Arbeit der
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion
der Bundesversammlung

L'activité du
Parti radical-démocratique suisse
et du Groupe radical-démocratique
de l'Assemblée fédérale

92/93

FDP PRD PLRO

Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 92/93
(1 Ex. gratis, 163 Seiten, dt./frz.)

Name: _____ Vorname: _____ 11/93
Str./Nr.: _____ PLZ/Ort: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.
Fax (031) 312 19 51

VERANSTALTUNGEN

Terminkalender 1994

Januar

- 14. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat
- 15. Ausserordentliche Delegiertenversammlung (Zürich)

Februar

- 18./19. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 20. Eidgenössische Volksabstimmung
- 28. 2.–
- 18. 3. Frühjahrs-session

März

- 3. Geschäftsleitung/Sekretärenkonferenz
- 8. Cocktail Beamtenvereinigung

April

- 14. Geschäftsleitung
- 15./16. Sekretärenkonferenz/Delegiertenrat
Ordentliche Delegiertenversammlung (Brunnen SZ)
- 25.–29. Evtl. Sondersession

Mai

- 20./21. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 30. 5.–
- 17. 6. Sommersession

Juni

- 4. Konferenz Kantonalparteipräsidenten
- 8. Fraktionsausflug

- 12. Eidgenössische Volksabstimmung
- 17. Geschäftsleitung

August

- 19. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat
- 20. Ausserordentliche Delegiertenversammlung (Bern)
- 22.–26. JBS-Sommeruniversität/Université d'été du PRD

September

- 9./10. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 17. 100-Jahr-Jubiläum der FDP (Olten SO)
- 19. 9.–
- 7. 10. Herbstsession
- 20. Wirtschaftsmeeting
- 22. Geschäftsleitung
- 25. Eidgenössische Volksabstimmung

Oktober

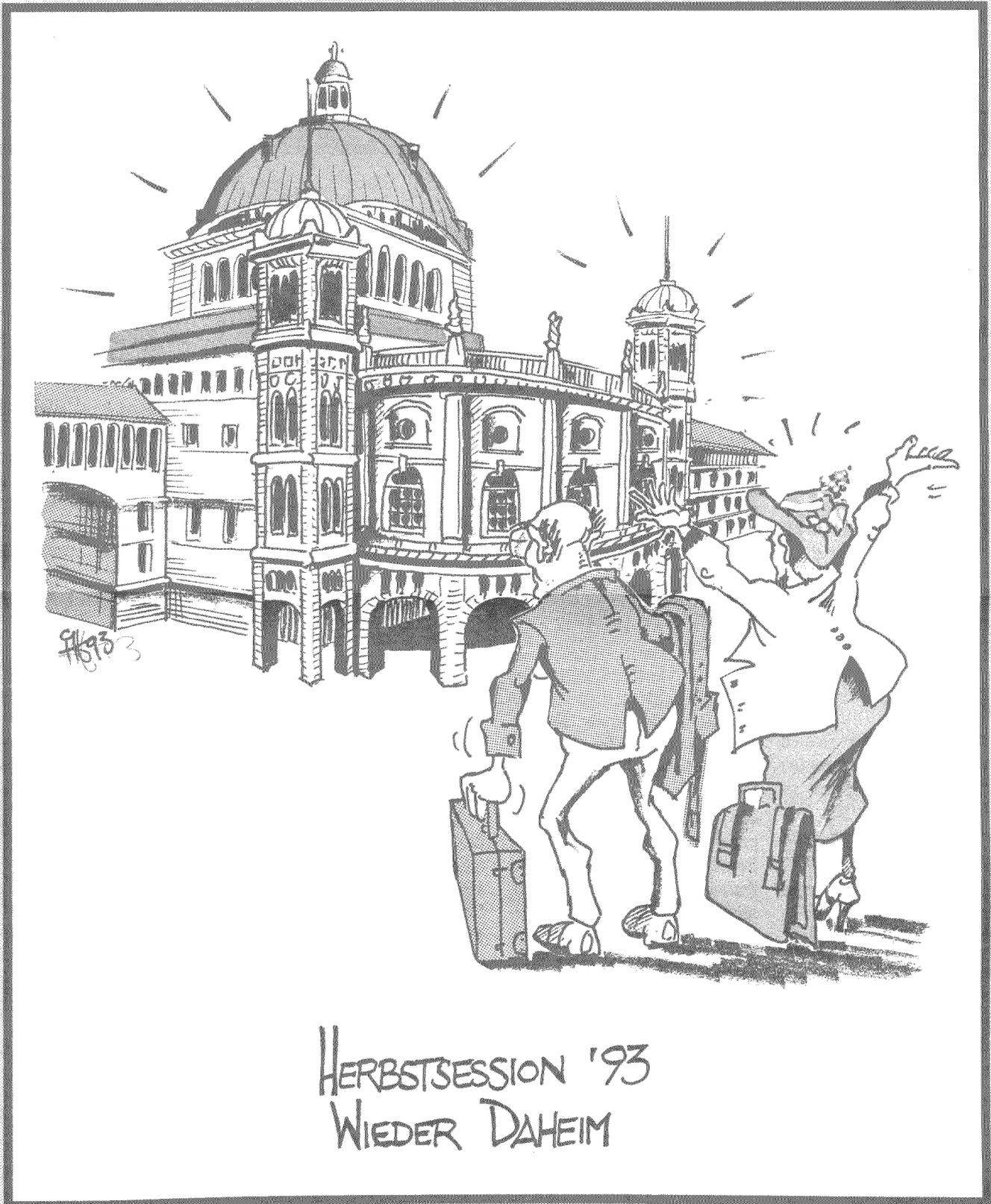
- 21. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat
- 22. Ausserordentliche Delegiertenversammlung (Wallis)

November

- 10. Geschäftsleitung
- 18./19. VorseSSIONALE Fraktionssitzung («Zwiebele-Märit-Treffen»)
- 28. 11.–
- 16. 12. Wintersession
- 30. Wahlfeiern NR-/SR-Präsidium

Dezember

- 4. Eidgenössische Volksabstimmung
- 16. Geschäftsleitung



HERBSTSESSION '93
WIEDER DAHEIM

Für konsumentenfreundlichere Ladenöffnungszeiten

Die Bestimmungen über die Ladenöffnungszeiten im Aargau stammen aus dem Jahre 1940. Sie sind restriktiv und entsprechen weder den Bedürfnissen der Gesellschaft von 1993 noch den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gewerbe. Wir sind heute mit einer veränderten Nachfragesituation und mit Benachteiligungen des Wirtschaftsstandortes Schweiz konfrontiert. Neue Impulse zu einem verstärkten Wettbewerb sind dringend nötig und erfordern auch flexiblere Rahmenbedingungen für das Ladengeschäft.

Grossrat Dr. Daniel Heller, Aarau

Im Kanton Aargau sollen die Öffnungszeiten für Verkaufsgeschäfte an Werk-, Sonn- und Feiertagen generell grosszügiger als bisher geregelt werden. Insbesondere sollen auch mehr Abendeinkaufsmöglichkeiten geschaffen werden. Dazu müssen Regierung und Grossrat das Ladenschlussgesetz aus dem Jahre 1940 revidieren.

Revitalisierung

Die Ladenordnungen haben einem allgemein anerkannten Bedürfnis der Öffentlichkeit zu entsprechen. Konsumenten, welche Güter und Dienstleistungen kaufen möchten, und Anbieter, welche bereit sind, Güter und Dienstleistungen zu verkaufen, dürfen dies heute zu bestimmten Zeiten nicht. Das ist mit den Prinzipien eines modernen und leistungsfähigen Wirtschaftssystems nicht länger vereinbar.

Eine Liberalisierung fördert den Wettbewerb, den wir in der Vergangenheit schon fast verlernt haben. Sie kommt damit sowohl dem Konsumenten als auch dem Unternehmer zugute. Eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten führt zu mehr Umsatz und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere im Teilzeitbereich.

Die unternehmerische Freiheit bleibt selbstverständlich gewahrt: Es besteht kein Zwang, die Geschäfte während der ganzen vom revidierten Gesetz fixierten Öffnungsmöglichkeit auch offenzuhalten. Die Wahl der für den einzelnen Geschäftsinhaber günstigsten Öffnungszeit bleibt dem unternehmerischen Kalkül überlassen.

Wandel der Lebensformen

Die starren Bestimmungen über die Ladenschlusszeiten entsprechen auch nicht mehr den veränderten Lebensformen. Mit dem Bedeutungsverlust der Lebensgemeinschaft «Familie» und der rasanten Zunahme von Einpersonenhaushalten sowie der Berufstätigkeit von immer mehr Frauen sind gewichtige gesellschaftliche Wandlungen eingetreten. Diesen gilt es Rechnung zu tragen, denn sie haben auch die Nachfrage verändert. Durch

die Verlängerung der Öffnungszeiten schafft der Staat für die Unternehmer die nötigen Freiräume, um diesen veränderten Bedürfnissen flexibler Rechnung zu tragen.

Den zahlreichen erwerbstätigen Alleinstehenden würde die Haushaltführung beträchtlich leichter gemacht.

Eine Umfrage der Isopublic vom Juli 1993 belegt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine Liberalisierung unterstützt und begrüsst. Mit der Schaffung von Teilzeitstellen entspricht die Liberalisierung dem Trend der Gesellschaft: Teilzeitarbeitsstellen entsprechen heute einem ausgewiesenen gesellschaftlichen Bedürfnis.

Keine höhere Gesamtarbeitszeit

Ein Zwang, die vermehrten und verlängerten Möglichkeiten zur Offenhaltung von Geschäften voll auszunützen, besteht selbstverständlich nicht. Es bleibt der unternehmerischen Beurteilung des Ladenbesitzers überlassen, innerhalb der erweiterten Öffnungsmöglichkeiten die für sein Geschäft optimalen Zeiten zu wählen.

Ein Detaillist wird die Rechnung machen, wie er mit dem be-

stehenden Personal und ungefähre der gleichen Gesamtöffnungszeit durchkommen kann. Er wird also nach einer gewissen Erfahrungszeit seine Öffnungszeiten auf diejenigen Tage und Tageszeiten legen, welche der Nachfrage seiner Kundschaft am besten entsprechen. Einer verlängerten Öffnungszeit am Abend und am Samstag steht dann unter Umständen ein zusätzlicher Tag oder Halbtage gegenüber, an dem das Geschäft geschlossen bleibt.

Die Kundschaft wird sich mit der Tatsache, dass nicht mehr alle Ladengeschäfte zu den gleichen Zeiten offen oder geschlossen sind, schnell zurechtfinden. Eine Erhöhung der Gesamtarbeitszeit für das Verkaufspersonal ist deshalb nicht zu erwarten. In vielen Fällen wird die Gesamtöffnungszeit eines Geschäftes insgesamt kaum länger werden oder dann mit Hilfe von Teilzeitangestellten bewältigt werden können.

Mit einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist somit allen gedient. Insbesondere ist sie auch ein deutliches und für jedermann spürbares Signal zum Ernstmachen mit der Abschaffung veralteter Vorschriften und übertriebener Regulierungen in unserem Staat.

MOTION

Dr. Daniel Heller, Aarau, vom 26. Oktober 1993

Der Regierungsrat wird eingeladen, das Gesetz über den Ladenschluss vom 14. Februar 1940 zu revidieren und dabei die Bestimmungen über die Ladenöffnungszeiten grosszügiger zu gestalten.

Die Ladenordnungen haben einem allgemein anerkannten Bedürfnis der Öffentlichkeit zu entsprechen. Dass Konsumenten,

welche Güter und Dienstleistungen kaufen möchten, und Anbieter, welche bereit sind, Güter und Dienstleistungen zu verkaufen, dies zu bestimmten Zeiten nicht dürfen und können, ist mit den Prinzipien eines modernen Wirtschaftssystems nicht länger vereinbar.

Die starren Bestimmungen über die Ladenschlusszeiten

entsprechen nicht mehr den Bedürfnissen der Zeit. Gesellschaftliche Wandlungen, veränderte Nachfragebedürfnisse, Benachteiligungen des Wirtschaftsstandortes Schweiz sowie die Notwendigkeit für neue Impulse zu einem verstärkten Wettbewerb erfordern flexiblere Rahmenbedingungen für das Ladengeschäft.